



Zuwanderung für Fachkräfte erleichtern – Abschiebungen beschleunigen Bundestag verabschiedet Migrationspaket

Die Koalitionspartner haben sich nach langen Verhandlungen auf ein umfassendes Gesetzespaket zur Migration und Integration geeinigt, das am Freitag vom Bundestag beschlossen wurde. Dabei geht es zum einen um die Zuwanderung von Fachkräften und zum anderen um eine klare Begrenzung der illegalen Migration.

Vor dem Hintergrund eines umfangreichen Fachkräftebedarfs ist Deutschland auf eine bessere Nutzung der inländischen und europäischen Fachkräftepotenziale, aber auch auf Fachkräfte aus Drittstaaten angewiesen. Dazu hat der Bundestag jetzt eine maßvolle Erweiterung des bestehenden Rahmens für eine bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten beschlossen.

Vor allem die Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung werden ausgebaut. Weitere wesentliche Neuerungen betreffen etwa Verbesserungen der Möglichkeiten zum Aufenthalt für Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Anerkennung der beruflichen Qualifikation oder eine Zuwanderungsmöglichkeit für IT-Spezialisten ohne for-



Bundesinnenminister Horst Seehofer erläutert im Plenum das Migrationspaket. Foto: Deutscher Bundestag

malen Abschluss. Zudem werden die Möglichkeiten der Einreise zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche erweitert.

Es wird ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren geschaffen, welches durch die Arbeitgeber bei der Ausländerbehörde betrieben werden kann. Um eine Zuwanderung in die Altersgrundsicherung zu verhindern, müssen beruflich Qualifizierte über 45 Jahre ein Mindestgehalt oder eine angemessene Altersversorgung nachweisen.

Seite 2

Jugend und Parlament – Teilnehmer aus dem Kreis Biberach

Ralf Salamon aus Untersulmetingen nahm in dieser Woche als Vertreter des Wahlkreises von Josef Rief an der diesjährigen Parlamentssimulation „Jugend und Parlament“ teil. Salamon, der gerade sein Abitur absolviert hat, handelt bei Jugend und Parlament als Abgeordneter der fiktiven Partei „Die Bewahrer“ und nimmt an Fraktionssitzungen und Ausschusssitzungen teil, sowie an Plenarsitzungen, die auch vom echten Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble geleitet werden. Josef Rief freute sich sehr, einen Teilnehmer aus seinem Wahlkreis in Berlin begrüßen zu können und wünschte seinem „Kollegen“ viel Erfolg bei der Arbeit.



Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

Um die Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber besser vollziehen zu können, hat der Bundestag parallel das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ beschlossen. Damit werden Fehlanreize zum rechtswidrigem Zuzug und Verbleib im Bundesgebiet beseitigt und die Abschiebung erleichtert. Gleichzeitig ermöglicht das Gesetz ein härteres Vorgehen gegen straffällige Ausländer.

Mit dem Gesetz wird ein neuer verschärfter Duldungsstatus für Personen mit ungeklärter Identität geschaffen, die ihre Abschiebung selbst verhindern. Dieser neue Duldungsstatus zieht zukünftig etwa ein Erwerbtätigkeitsverbot und eine Wohnsitzauflage nach sich.

Um Abschiebungen konsequent durchführen zu können, wird die Vorbereitungs- und Abschiebungshaft erweitert und der Ausreisegewahrsam effizienter gemacht. Zudem wird ein bundesweites Recht zum Betreten von Wohnungen zur Suche nach Abzuschiebenden eingeführt sowie eine Mitwirkungshaft, wenn bestimmten Anordnungen zur Identitätsfeststellung nicht nach-

kommen wird.

Schließlich erlaubt das Gesetz die Einschränkung von Leistungen, wenn die Bundesrepublik nicht für die Asylverfahren zuständig ist. So sollen Fehlanreize bei der Sekundärmigration aus anderen EU-Staaten vermieden werden. Die zentrale Unterbringung von Asylsuchenden wird von derzeit sechs auf bis zu achtzehn Monate verlängert.

Im Asylbewerberleistungsgesetz wird abweichend vom SGB II und SGB XII eine neue, um etwa 10 % abgesenkte Bedarfsstufe Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften geregelt. Zudem gibt es nun wie im SGB II eine neue, um etwa 20 % abgesenkte Stufe für Asylbewerber unter 25, die noch bei den Eltern leben. Das Gesetz bessert zudem Fördermöglichkeiten für studier- und ausbildungswillige Asylbewerber und Geduldete. Als stärkerer Anreiz für ehrenamtliche Tätigkeiten wird eine Freibetragsregelung eingeführt. ■

Liebherr-Auszubildende in Berlin

Eine Gruppe von Auszubildenden vom Liebherr-Standort Kirchdorf besuchte in dieser Woche Josef Rief im Bundestag. Die Besucher hatten viele Fragen zu aktuellen politischen Debatten und zur Arbeit eines Bundestagsabgeordneten. Josef Rief betonte in dem Gespräch die große Bedeutung des Unternehmens Liebherr für den Wahlkreis Biberach und die gesamte Region, wo mehr als 11.000 Mitarbeiter für Liebherr arbeiten. ■



Mühlbachschule Schemmerhofen bei Josef Rief im Bundestag

Bei sommerlichen Temperaturen besuchte am Mittwoch eine Gruppe der Mühlbachschule aus Schemmerhofen Josef Rief im Bundestag, der im Gespräch von seiner Arbeit berichtet und den Schülerinnen und Schülern zu ihren vielen Fragen Rede und Antwort stand. Die Besucher waren sehr gut vorbereitet, sodass Rief zu einer großen Anzahl von Themen Stellung nehmen konnte. ■

